



# Newsletter



Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

diese Woche fand die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2023 statt. Das bedeutet zugleich, dass auch die letzten Tage eines ereignisreichen Jahres angebrochen sind. Eines Jahres, das Spuren hinterlassen hat. Eines Jahres mit Eindrücken und Erfahrungen, die wir nicht so schnell vergessen werden.

Deutschland und Europa durchleben derzeit eine Fülle an Krisen. So stellte das Bundesverfassungsgericht erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Verfassungswidrigkeit und Nichtigkeit eines Haushaltsplans fest. Zugleich wird das Land durch eine stets steigende Zahl unkontrollierter Zuwanderung belastet. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten erschüttern die internationale Ordnung.

Umso wichtiger scheint es, die Adventszeit und Weihnachten zu nutzen, um uns auf Werte wie Freundschaft, Verlässlichkeit und Gemeinschaft zu besinnen.

Ich wünsche allen friedvolle und gesegnete Festtage und für das neue, vor uns liegende Jahr vor allem Gesundheit, Zuversicht und Erfolg.

The  
Nina Warken

## Ampel-Halbzeitbilanz: Deutschland kann es besser

Vor etwas mehr als zwei Jahren wurde Olaf Scholz als Bundeskanzler im Deutschen Bundestag vereidigt. Zu diesem Anlass hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Bilanz ihrer politischen Themen und Initiativen vorgelegt.

Deutschland befindet sich in schwierigen Zeiten. Inflation, Rezession und Wohnungsnot stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wir erleben eine neue Migrationskrise. Auch bei uns in der Region. Der Klimawandel verlangt nach technologieoffenen Antworten.

Die Ampel hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Vielstimmigkeit, Unprofessionalität und über die Medien ausgetragener Dauerstreit bestimmen das Bild der Regierung – vom Bundeskanzler gibt es keine Führung, von einer „Modernisierungscoalition“ ist nichts mehr zu erkennen. Stattdessen kassiert die Ampel ein historisches Urteil vom Bundesverfassungsgericht, dass ihr Umgang mit dem Staatshaushalt verfassungswidrig ist.

Gerne möchte ich Euch daher auf die Halbzeitbilanz der Unionsfraktion hinweisen, denn in den vergangenen zwei Jahren haben wir zu allen wichtigen Politikbereichen eine große Zahl an eigenen Vorschlägen erarbeitet. Diese reichen von der Asylpolitik bis hin zur Wärmewende oder Ausstattung der Bundeswehr. Und im Sinne nachfolgender Generationen achten wir wie keine andere Fraktion auf nachhaltige Finanzen.

Gemeinsam mit der Unionsfraktion werde ich diese Arbeit auch in den kommenden zwei Jahren fortsetzen und damit zeigen: Deutschland kann es besser!

Die Bilanz ist hier abrufbar: <https://www.cducsu.de/downloadportal>



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion

## Mein WhatsApp-Broadcast!

Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwald-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88**. Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!





## Neuer Krankentransportwagen für Tauberbischofsheim



Bildquelle: Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Christoph Obel

Ich freue mich über diese Investition des Bundes, denn vergangene Krisen haben uns immer wieder vor Augen geführt, wie wichtig ein gut organisierter und technisch modern ausgestatteter Zivil- und Katastrophenschutz ist. Darüber hinaus sehe ich es als Wertschätzung für die hervorragende Arbeit der Blaulichtfamilie vor Ort. Vielen Dank für Euren Einsatz!

Der Zivil- und Katastrophenschutz des Main-Tauber-Kreises ist mit einem Krankentransportwagen der neuesten Generation ausgestattet worden. Gemeinsam mit Landrat Christoph Schauder, Kreisbrandmeister Andreas Geyer und DRK-Präsident Reinhard Frank habe ich das neue Fahrzeug in Tauberbischofsheim in Empfang genommen.

Dabei konnte ich mich über die technischen Feinheiten des Krankentransportwagens informieren, der künftig in der Einsatz Einheit Sanität und Betreuung zum Patienten transport eingesetzt werden wird. Mit dem Krankentransportwagen KTW-B ZS verfügt der Main-Tauber-Kreis nun über ein Fahrzeug, das sowohl geländegängig ist als auch überarbeitete Sicherheitsausstattung im Patientenraum besitzt.

## Besuch der Central-Apotheke Walldürn



Bildquelle: Jan Reuter

Über hinaus für die Versorgung der Patientinnen und Patienten ein.

Im Gespräch wurde deutlich, wie viel Potenzial in der Impf-Prävention durch Apotheken steckt. Seit letztem Jahr dürfen Apotheken neben Corona-Impfungen auch Gripeschutzimpfungen durchführen. Dies hat sich seither als Erfolgskonzept erwiesen, denn Apotheken sind für viele Menschen eine barrierearme Anlaufstelle. Deshalb ging es auch darum, inwieweit man dieses Angebot auf weitere Impfstoffe ausweiten könnte.

Unsere Vor-Ort-Apotheken als tragende Säule in der Arzneimittelversorgung stehen zunehmend unter wirtschaftlichem Druck. Bürokratische Auflagen, Inflation, gestiegene Personalkosten und auch der Fachkräftemangel an Apothekerinnen und Apothekern sowie an Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen und Assistenten machen sich auch dort bemerkbar.

In der vergangenen Ausgabe meines Newsletters habe ich bereits über unseren Antrag „Arzneimittelversorgung sichern – Apotheken stärken“ informiert. Über die aktuelle Situation, aber auch Chancen und Potenziale für die Gesundheitsversorgung konnte ich nun mit Jan Reuter sprechen. Gemeinsam mit seiner Frau Stephanie leitet er mit viel Herzblut die Central-Apotheke in Walldürn und setzt sich auch weit darüber hinaus für die Versorgung der Patientinnen und Patienten ein.

## Jahresabschluss in Kilsheim



Bildquelle: Büro Warken

Politik sein muss, dafür zu sorgen, dass die Kommunen sich weiter entfalten können und ihnen nicht noch mehr Daumenschrauben angelegt werden.

Allerdings zeichnet sich nach zwei Jahren Ampel-Regierung eher ein gegenteiliger Trend ab: Die Zeiten für die Kommunen werden schwerer und der Bund ist nicht mehr in dem Maße wie in den zurückliegenden Jahren ein verlässlicher Partner der Kommunen.

Traditionell eröffnet der Jahresabschluss der Stadt Kilsheim die Reihe an Neujahrsempfängen in der Region. Mit zahlreichen Gästen wird hier auf das vergangene Jahr zurückgeblickt: Kilsheim hat 2023 viel geschafft und mit Investitionen in Rekordhöhe unter anderem den Neubau von zwei Kindergärten, einem Feuerwehrhaus sowie die Anschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen ermöglicht.

In meinem Grußwort stellte ich fest, dass es den Kommunen vonseiten der Politik nicht immer leicht gemacht wird. Als Beispiel sind hier unter anderem die Wärmeplanung und die in Zukunft fehlenden Förderprogramme zu nennen. Auch in Sachen Migration stoßen Deutschland und insbesondere unsere Kommunen an die Grenzen der Belastungsfähigkeit. Die Herausforderungen sind groß, weshalb es Aufgabe der



# Wahlkreis / Berlin

## Rückblick auf acht Jahre THW-Präsidentschaft



Bildquelle: Büro Warken

Seit 2015 durfte ich die Präsidentin der THW-Landeshelfervereinigung Baden-Württemberg sein. Etwas wehmütig habe ich dieses schöne Amt nun an meinen Nachfolger Alexander Throm MdB weitergegeben. Gerne blicke ich auf ereignisreiche Jahre zurück, mit vielen Eindrücken und Erfahrungen, die ich nicht so schnell vergessen werde.

Ich bin froh, dass ich mich über acht Jahre für die Anliegen der Helferinnen und Helfer einsetzen konnte. Im Bereich der Ausstattung und der Unterkünfte konnten wir so gemeinsam viel erreichen. Auch taktisch hat sich das THW in dieser Zeit neu aufgestellt.

Wie wichtig das THW ist, haben auch in diesem Jahr wieder Brände, Hochwasser, Bombenfunde, Massenunfälle und die Jahrhundert-Sturmflut an der Ostsee gezeigt. Auch deshalb gilt es, in diesem Sinne weiter am Ball zu bleiben, um auch auf künftige Herausforderungen gut vorbereitet zu sein. Jeder Einzelne in der großen THW-Familie kann stolz sein auf die zahllosen Einsätze und auf die große Hilfe, die das THW immer wieder leistet. Wenn auch nicht mehr als Präsidentin, werde ich dem THW weiterhin eng verbunden bleiben!

## Formelkompromiss der Ampel zum Bundeshaushalt



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021 sind mehr als vier Wochen verstrichen. Da die Ampel sich in keiner Weise auf dieses Urteil vorbereitet hatte, folgten der Karlsruher Entscheidung wochenlange, in der Öffentlichkeit ausgetragene Debatten innerhalb der Bundesregierung. Nunmehr hat sich die Ampel auf einen Formelkompromiss verständigt.

Um die Fehlbeträge von 17 Mrd. Euro im Bundeshaushalt 2024 und von knapp 13 Mrd. Euro im Klima- und Transformationsfonds zu schließen, soll ein Sammelsurium an Maßnahmen greifen.

Dieses umfasst:

- eine Reduzierung von Subventionen (Steuerermäßigungen Agrardiesel, Kfz-Steuerbefreiung Land- und Forstwirtschaft, Absenkmekanismus Luftverkehrsabgabe),
- den Abbau von Förderprogrammen in den Bereichen Verkehr und Bau (insbesondere E-Auto-Prämie und Solarförderung),
- sowie Ausgabenkürzungen in den Bereichen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Doch statt nun endlich eine echte Prioritätensetzung vorzulegen – Stichworte Bürgergeld, Kindergrundsicherung und Gebäudeenergiegesetz – sollen zur Haushaltskonsolidierung über den Bundeshaushalt Kleinbeträge eingesammelt und Steuererhöhungen durchgesetzt werden. Hinzu kommt: Die vorgestellte „Einigung“ ist als Einstieg in eine absehbar erweiterte Notlagenerklärung 2024 zur erneuten Aussetzung der Schuldenbremse zu werten. Die Ampel plant, die Lage in der Ukraine als Begründung zu verwenden, um das eigene Unvermögen zur Aufstellung eines soliden Bundeshaushalts zu überdecken.

Die finanzielle Situation ist ernst. Doch die Haushaltsprobleme werden durch die vorgestellten Pläne der Ampel nicht gelöst. Um Deutschland voran- und den Bundeshaushalt wieder auf Kurs zu bringen, braucht es eine klare Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite. Wir fordern: Die Haushaltstäuschungen und -tricksereien der Ampel müssen endlich ein Ende haben.

## Harte Zeiten für unsere Landwirtschaft



Bildquelle: Marcel Ditrich

Im Zuge der Haushaltsverhandlungen hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, klimaschädliche Subventionen im Haushalt zu kürzen. Dabei fällt ihr nichts Besseres ein, als den Agrardiesel zu streichen. Doch solange Landwirte kaum eine Chance haben, auf Alternativen zu setzen, dient diese Entscheidung nicht dem Klima – so wird kein Liter Diesel weniger eingesetzt.

Noch Anfang vergangener Woche hatte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir versichert, er wolle die Kürzung beim Agrardiesel verhindern, jetzt kommt sogar die Streichung. Das ist ein beispielloser Wortbruch, der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte innerhalb der EU gefährdet.

Das zeigt einmal mehr, dass die Ampel kein Interesse an einer funktionierenden und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in Deutschland hat. Dass obendrein auch die Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge den Sparzwängen zum Opfer gefallen ist, stellt eine überproportionale Belastung der Landwirtschaft dar!



## Ampel-Streit geht weiter: Asylpakt verschiebt sich!



Bildquelle: Ute Grabowsky

Sowohl der Asylpakt als auch das neue Staatsbürgerschaftsrecht sollten noch vor Weihnachten verabschiedet werden. Nun ist dieses Vorhaben erneut an der Uneinigkeit der Ampel gescheitert.

Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz sollte durch Verfahrensvereinfachungen erwirkt werden, dass Abschiebungen nicht mehr so oft im letzten Moment scheitern, etwa weil die Betroffenen nicht auffindbar sind. Unter anderem sollte dafür die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams verlängert werden. Als Union hatten wir uns dafür ausgesprochen, Abschiebehörden zu beseitigen und Ausreisepflichten konsequent durchzusetzen. Nur so können unsere Kommunen entlastet und die öffentliche Akzeptanz für unser großzügiges Asylrecht gewahrt werden.

Mit dem Scheitern sind auch erstmal die Pläne zur Turbo-Einbürgerung und doppelten Staatsbürgerschaft vom Tisch. Die Ampel wollte damit die Einbürgerungsfrist von acht auf fünf Jahre reduzieren. Die Frist ist aber keine bloße Wartefrist, sondern eine Prüffrist. Die Einbürgerung steht am Ende einer gelungenen Integration. Bei einer Fristverkürzung geht nach Auffassung der Union jedoch der Anreiz verloren, sich zu integrieren.

Die Ampel will auch die mehrfache Staatsangehörigkeit zum Regelfall machen. Menschen mit zwei Pässen können aber nicht dem einen Staat die gleiche Loyalität entgegenbringen wie dem anderen. Es könnte sogar sein, dass Autokraten anderer Länder versuchen, über diese Doppelstaatler Einfluss auf Deutschland zu nehmen.

## Neues Grundsatzprogramm der CDU



Bildquelle: CDU, Tim Hoffmann

Vor rund zwei Jahren hat sich die CDU auf den Weg gemacht, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben. In dieser Zeit hat die Programm- und Grundsatzkommission die Grundsätze und Positionen der CDU Deutschlands fortgeschrieben und weiterentwickelt. Diese Woche wurde der Entwurf dem Bundesvorstand vorgelegt.

Als Mitglied der Fachkommission Sicherheit war ich selbst am Entstehungsprozess beteiligt. In dieser Runde wurden Ideen gesammelt, Grundsätze wie Alleinstellungsmerkmale formuliert und diese an die aktuelle Zeit angepasst. Besonders zum Bevölkerungsschutz konnte ich mich dort einbringen.

Mit unserem Grundsatzprogramm bieten wir den Menschen Orientierung. Wir wollen einen Rahmen setzen, innerhalb dessen sich die Menschen frei und sicher bewegen können. Das gilt umso mehr in einer Zeit, die von Krisen und Konflikten geprägt ist. Drei Themen spielen im Grundsatzprogramm eine zentrale Rolle: Freiheit und Sicherheit, Aufbruch und Erneuerung sowie Zusammenhalt und Gemeinschaft.

Der Bundesvorstand hat nun die Möglichkeit, Änderungen am Entwurf des Grundsatzprogramms vorzunehmen. Der von ihm verabschiedete Entwurf wird dann in der Partei diskutiert und auf dem Parteitag der CDU im Mai 2024 verabschiedet.

## Novelle des Postgesetzes geplant



Bildquelle: Büro Warken

Das Geschäft mit Päckchen und Paketen boomt gerade vor Weihnachten. Doch auch wenn viele bei dieser Gelegenheit noch Weihnachtspost verschicken, sinkt die Briefmenge seit langem, während die Paketmenge nach oben schnell.

Gleichzeitig gilt das derzeitige Postgesetz bereits seit 1997 bis auf wenige Ausnahmen unverändert. Die Digitalisierung steckte damals noch in den Kinderschuhen. Kurzum: Das Postgesetz stammt aus einer vergangenen Zeit und die jüngste Debatte über die Zustellmängel hat die Schwachstellen der derzeitigen Regelungen schonungslos offengelegt.

Die Bundesregierung plant deshalb eine Novelle des Postgesetzes. Auch wir als Union sind der Meinung, dass eine Reform nötig ist. Deutschland braucht ein modernes Postwesen, das offen für digitale Innovationen ist und gleichzeitig den zunehmenden digitalen Kommunikationsmöglichkeiten Rechnung trägt. Wichtig ist uns dabei, dass der Wettbewerb der Anbieter die besten Lösungen für die Verbraucher erbringt, dies aber nicht mit unfairen Arbeitsbedingungen auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen wird. Unsere Vorschläge zur Novelle des Postgesetzes haben wir am Donnerstag mit einem Antrag ins Plenum eingebracht. Bis allerdings eine Reform greift, wird es noch etwas dauern. Deshalb wünsche ich Euch allen, dass Eure Weihnachtspost und -päckchen rechtzeitig zu Heiligabend ankommen.

# Fotogalerie



Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

**Austausch im Vorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Baden-Württemberg**



Bildquelle: Büro Warken

**Auf dem Weg ins Plenum mit Friedrich Merz**



Bildquelle: Büro Warken

**Namentliche Abstimmung zum Nachtragshaushaltsgesetz 2023**



Bildquelle: Büro Warken

**Weihnachtsfeier der Unionsfraktion**



Bildquelle: Büro Warken

**Gremiensitzung mit Dr. Hendrick Hoppenstedt MdB**



Bildquelle: Büro Warken

**Mit den Kolleginnen und Kollegen im Plenum**



Bildquelle: Büro Warken

**Besuchergruppe aus dem Neckar-Odenwald-Kreis**



Bildquelle: Büro Warken



Bildquelle: Büro Warken

**Weihnachtsausklang im Berliner Büro**

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: [nina.warken@bundestag.de](mailto:nina.warken@bundestag.de), Internet: [nina-warken.de](http://nina-warken.de)

## IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1), Shutterstock (Header Weihnachten S. 1, 2, 3, 4 u. 5)